

Gegenstand: Bewohnerparkquartiere; Sachstandsbericht Gutachterbüro BS Ingenieure

Frau Seiler stellt Herr Schäfer von BS Ingenieure aus Ludwigsburg vor und verweist auf Aspekte des Verkehrsentwicklungsplans und dessen Neuerungen, Änderungen.

Herr Schäfer stellt den Sachstandsbericht, anhand der beigefügten Präsentation vor.

Herr Neugebauer (SWG) fragt, ob das Uhrzeitparken bei der Parkplatzauslastung berücksichtigt wurde. Herr Schäfer gibt dazu an, dass die Mixed-Parkplätze durchaus berücksichtigt wurden.

Herr Neugebauer ist der Meinung, dass die Bewohner flexibler agieren können sollten wenn es um die Parkmöglichkeiten ginge. Herr Schäfer verweist darauf, dass die Anwohner auch auf öffentlichen Parkplätzen die Möglichkeit haben ihr KFZ abzustellen, da die Pendler diese Stellfläche nach Feierabend wieder freigeben.

Herr Zander merkt dazu an, dass keines der elf Bewohnerparkquartiere zu Spitzenzeiten um 20 Uhr eine Vollauslastung habe. Bewohnerparkplätze sind offensichtlich genügend vorhanden. Es könnte jedoch sein, dass tagsüber auf Mixed-Parkplätzen mehr Parkraum geschaffen werden könnte.

Herr Lehr (Die Linke) macht auf die Situation in der Altstadt aufmerksam. Hier wäre es ab 20 Uhr katastrophal und nicht möglich einen Parkplatz zu finden. Es müssen mehr öffentliche Parkplätze kostenfrei für Bewohner zur Verfügung gestellt werden.

Dazu macht Herr Rudingsdorfer darauf aufmerksam, dass z.B. der Finanzamt-Parkplatz nach Feierabend bereits den Bewohnern kostenfrei zur Verfügung steht. Des Weiteren gibt er zu bedenken dass die Quartiere nicht größer als 1.000 m im Durchmesser sein dürfen. An Markttagen wird es jedoch durch die Verwaltung so gehandhabt, dass das Parken der Bewohner im Quartier 2 auf das Parkquartier 3 ausweichen dürfen, um das Parken an Markttagen zu erleichtern.

Herr Seidel (SWG) fragt, ob im Quartier 8 die höhere Auslastung durch Besucher der dortigen Gastronomie, besonders von Donnerstag bis Sonntag, bei der Planung berücksichtigt wird.

Herr Schäfer teilt mit, dass die Wahrnehmung und die tatsächlichen Zahlen oft auseinander gehen. Zusätzlich ist privater Parkraum oftmals vorhanden, wird allerdings eher im Winter genutzt. Im Sommer werde, trotz privater Stellfläche, im öffentlichen Verkehrsraum geparkt, was den Parkdruck selbstverständlich erhöht.

Herr Czerny (B90/Grüne) möchte wissen ob eine Parkplatzzuordnung Quartierweise oder je Straßenzug erfolgen muss.

Herr Schäfer stellt klar, dass es auf das gesamte umgelegt werden muss.

Herr Dr. Moser (CDU) merkt an dass die Wahrnehmung bezüglich vorhandener Parkplätze und die tatsächlichen Zahlen sehr unterschiedlich „anfühlen“. Und das 12 freie Plätze auf ein Quartier eine durchaus lange und nervige Suche nach sich ziehen kann.

Herr Neugebauer (SWG) möchte wissen in wie weit die Verwaltung auf private Parkplätze eingreifen kann. Viele Garagen werden als Abstellraum genutzt und nicht als Parkplatz. Frau Seiler appelliert an die Bürger das jeder seine Garage entsprechend als Parkplatz nutzen soll.

Herr Zander gibt als mögliches Mittel zum Eingriff eine Stellplatzordnung an und man nimmt diesen Anreiz auf um evtl. damit etwas bewirken zu können. Dennoch gibt es keine rechtliche Handhabe Bürger zum benutzen ihrer Parkplätze zu zwingen.

Herr Neugebauer (SWG) regt an, dass dies ggf. über die Baugenehmigung möglich wäre, da in dieser Stellplätze ausgewiesen werden müssen und somit auch zu nutzen sind.

Herr Czerny (B90/Grüne) möchte wissen, ob es Erfahrungen bezüglich der Auswirkung von Fahrradstellplätzen auf KFZ Parkplätze gibt.

Herrn Schäfer sind keine Studien diesbezüglich bekannt. Er verweist auf einen aktuellen Fall eines bekannten Möbelkaufhauses, welches allein für Fahrräder rund 1.200 qm Stellfläche ausweisen muss.

Herr Seidel (SWG) fragt, ob das Anwohnerquartier 8 mit dem Eselsdamm neu ist.

Herr Schäfer gibt an das die vorher gezeigte Tabelle sich auf den Sachstand vor der Maßnahme bezieht.

Herr Rudingsdorfer bemerkt hierzu, um den Überschuss von 36 Stellplätzen nicht aus dem Quartier nehmen zu müssen wurde das Gebiet erweitert.

Herr Neugebauer (SWG) bemerkt, dass in Baden-Württemberg sowohl Fahrrad als auch KFZ Stellplätze ausgewiesen seien.

Herr Emes (CDU) fragt Herrn Zander welche Vorteile eine eventuelle Stellplatzverordnung hätte.

Herr Zander antwortet, dass somit eine individuelle Parkplatzregelung vereinbart werden könne, z.B. mit Geschäftsleuten für deren Kunden und somit keine öffentliche Bewirtschaftung dieser Stellplätze stattfindet. Diese Verordnung würde jedoch nur für zukünftige Vereinbarungen gelten nicht für vergangene.

Herr Lehr (Die Linke) fragt, ob die Stadt nach Umsetzung eines Sanierungskonzepts und dem damit verbunden Wegfall von Parkplätzen, nicht verpflichtet ist neue Stellplätze zu schaffen und den Bürger nicht allein mit diesem Problem zu lassen.

Herr Rudingsdorfer klärt auf, dass lediglich in der Großen Himmelsgasse durch die Ausweisung dieses Straßenzuges als verkehrsberuhigter Bereich Parkplätze weggefallen sind, diese jedoch kompensiert bzw. aufgefangen wurden in dem an anderer Stelle neue Parkplätze geschaffen wurden.

Herr Neugebauer (SWG) ist der Meinung das Herr Lehr die Situation während der Baustellenphase gemeint habe.

Herr Rudingsdorfer informiert, dass der Wegfall während der Maßnahme durch Ausweisung von zusätzlichen Bewohnerparkflächen im Bereich Eselsdamm kompensiert wurde.

Gegenstand: Novellierung der StVO; Tempo 30 vor Kindergärten, Kindertagesstätten, allgemeinbildende Schulen, Förderschulen, Alten- und Pflegeheime oder Krankenhäuser und Rad fahrende Kinder auf dem Gehweg

Vorstellung des TOP 2 durch Herrn Rudingsdorfer

Frau Seiler teilt mit, dass der Verkehrsversuch in der Landauer Straße, im Rahmen der Maßnahmen des „Lärmaktionsplans“ im Bund, wegen Krankheit der zuständigen Be-
arbeiterin des Landesamtes für Umwelt sich verzögert. Fr. Kruska (Abteilungsleitung
Umwelt-Forsten) arbeitet daran, damit das Ergebnis des Verkehrsversuchs im Herbst dem
Ausschuss vorgestellt werden kann.

Herr Czerny (B90/Grüne) wirft ein, dass er grundsätzlich dafür ist wenn vor allen Schulen ein
verkehrsberuhigter Bereich eingerichtet werden sollte.

Herr Rudingsdorfer verweist auf die gesetzlichen Voraussetzungen für einen
verkehrsberuhigten Bereich.

**Gegenstand: Elektromobilitätsgesetz - EmoG; Information über die
Verfahrensweise der Straßenverkehrsbehörde**

Vorstellung des TOP 3 durch Herrn Zander

Herr Dr. Lorenz (B90/Grüne) ist dafür, dass auf den Kennzeichen zugelassener Elektroautos nicht nur der Zusatz „E“ stehen sollte, sondern auch dem Umstand Rechnung getragen werden müsste, ob der Strom auch einen ökologischen Ursprung hat. Dies könnte mit einem „Ö“ auf dem Kennzeichen kenntlich gemacht werden.

Herr Zander empfindet dies als guten Ansatz, allerdings sieht der Gesetzgeber dies nicht vor und räumt auch kein Ermessenspielraum ein.

Herr Dr. Lorenz (B90/Grüne) ist der Meinung dass es doch Ermessen wäre, ob die Stadt es als Bedingung voraussetzt, dass der Strom ökologisch gewonnen wird und nur dann an den entsprechenden Tankstellen das KFZ geladen werden darf.

Herr Zander gibt Herrn Dr. Lorenz Recht, dass dessen Argumentation nicht von der Hand zu weisen sei, jedoch sieht der Gesetzgeber eine solche Regelung nicht vor. Weiterhin ist es in der Praxis nicht leistbar, dass die Verwaltung bei der Zulassung eines KFZ die Stromversorgung bzw. die Verträge des Bürgers überprüft.

Frau Seiler gibt an, dass auf die ökologische Weiterentwicklung gehofft wird nur sollen die Kommunen die Anreize schaffen. Vieles ist noch nicht durchdacht und vom Bund müsse mehr kommen.

Herr Neugebauer (SWG) fragt nach der Umsetzung. Auswärtige bzw. Touristen könnten dann kostenlos auf dem Festplatz parken aber die Speyerer Bürger haben davon keinen Nutzen.

Frau Seiler antwortet hierauf, dass der Anreiz überkommunal geschaffen werden muss und letztlich der Umweltgedanke zählt.

Herr Dr. Moser (CDU) wirft ein, dass es heutzutage auch möglich ist Strom zu speichern und dies auch kostengünstig. So das auch hier Anreize geschaffen werden um auf ein Elektro KFZ umzusteigen.

Herr Dr. Lorenz (B90/Grüne) stimmt dem zu, jedoch gibt er zu bedenken, dass man damit Leute belohnt welche gut verdienen. Elektroautos sind teuer und wer sich die Anschaffung leisten kann wird dann noch mit kostenlosen Parkplätzen belohnt.

Herr Czerny (B90/Grüne) betont den Umweltschutz von Elektroautos. Er würde sich jedoch über eine schnellere Umsetzung des Radverkehrskonzepts bis zum Frühjahr 2018 wünschen. Er sieht noch mehr Umweltschutzpotenzial bei Fahrrädern als bei Elektroautos. Diese seien noch „grüner“.

Frau Seiler sagt, dass nur weil man das Eine tut, es nicht heißt das Andere nicht zu tun.

Frau Mittmann verweist auf die E-Säulen der Stadt und das diese „sauberen Strom“ ausgeben. Auch das Fahrradkonzept wird weiter ausgebaut. Es wird Ladestationen für E-Bikes geben und auch abschließbare Stellplätze.

Frau Seiler sagt, dass VRN „Nextbike“ die Stadt Speyer noch nicht ausgewählt hat, allerdings bleibe man am Ball.

Herr Neugebauer (SWG) findet ebenfalls das der Klimaschutz vorne stehe. Eine Innenstadt ohne Verbrennungsmotoren ist schlüssiger als über eine Parkplatzregelung zu gehen. Logisch wäre wenn nur Elektroautos in der Innenstadt kostenlos parken könnten, anstatt auf dem Messplatz.

Gegenstand: Information über ÖPNV Gespräch mit VRN und DBRegio

Frau Seiler berichtet über die ÖPNV Gespräche mit VRN und DBRegio

Herr Neugebauer (SWG) fragt an, ob diese Beiden Institutionen einer grundsätzlichen Umplanung der Linienführung zugestimmt hätten.

Frau Seiler informiert, dass es keine grundsätzliche Umplanung der Linienführung geben wird, aber auf Grund der kommenden Großbaustellen eh viele Linienführungen angepasst werden müssen und hierdurch getestet werden.

Herr Dr. Moser (CDU) verweist nochmals ausdrücklich darauf, dass gerade die Anbindung im Stundentakt im Bereich Seniorenheim Mausbergweg schmerzt. Eine Rückführung auf einen Halbstundentakt wäre wünschenswert.

Gegenstand: Standorte der neu angeschafften Dialog-Displays; Erste Vorschläge der Verwaltung

Vorstellung des TOP 5 durch Herrn Rudingsdorfer und Herrn Lorenz

Herr Dr. Moser (CDU) unterbreitet den Vorschlag, dass man vielleicht die Dialog-Displays gestaffelt hintereinander aufbaut um dem Verkehrsteilnehmer zu verdeutlichen wie dieser daraufhin seine Geschwindigkeitsanpassung verändert.

Frau Seiler weist darauf hin, dass bisher erst 3 Dialog-Displays eingekauft wurden und daher das Aufstellen von allen 3 Displays an einem Ort die Flexibilität der Verwaltung einschränken würde.

Herr Dr. Moser (CDU) fragt nach, warum auf der Tagesordnung kein Punkt Verschiedenes aufgeführt war.

Frau Seiler weist daraufhin, dass sie zu Beginn der Sitzung auf mögliche Fragen/Anregung/Änderungswünsche zur Tagesordnung abgefragt hatte, aber keine dieser Fragen/Anregungen/Änderungswünsche gekommen sind. Frau Seiler sagt zu, zukünftig den TOP Verschiedenes auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr Dr. Moser (CDU) fragt in Bezug auf die neue Lichtsignalanlage im Bereich Waldseer Straße/Otterstadter Weg nach.

Die Herren Lorenz und Rudingsdorfer erläuterten den Anpassungsbedarf, dass die „alte“ Markierung wieder hergestellt wird und der Ausleger verlängert und für jede Fahrspur ein eigener Signalgeber eingebaut wird.

Herr Dr. Moser (CDU) merkt weiterhin an, dass er im Bereich der Ausfahrt aus dem PPL Finanzamt in die Johannesstraße Sichtprobleme auf den nunmehr gegenläufig verkehrenden Radverkehr sieht.

Frau Seiler sagt eine Überprüfung der Örtlichkeit durch die Straßenbaubehörde und Straßenverkehrsbehörde zu.

Abschließend bedankt sich die Vorsitzende für die rege Diskussion sowie Mitarbeit und beendet die Sitzung gegen 19:00 Uhr.

7. Sitzung des Verkehrsausschusses der Stadt Speyer am 01.06.2017



7. Sitzung des Verkehrsausschusses 01.06.2017 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriidruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!